

## **"Wir wollen keine Altenrepublik"**

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat ihren Anspruch untermauert, als "gleichberechtigter Partner gemeinsam mit den Jungen" Politik zu gestalten. Auf einer Festveranstaltung aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Senioren-Union sagte ihr Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff heute, Sonntag, in Berlin: "Wir wollen weder eine Altenpolitik noch eine Altenrepublik!" Man wolle auch keine "betreute Generation" sein, vielmehr wolle man "teilhaben an der politischen Macht und mitbestimmen - weder allein für die Alten noch allein für die Jungen, sondern für alle."

Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der die Gründung vor zwei Jahrzehnten mit initiiert hatte, beschienigte der älteren Generation, dass sie „ständige Nullrunden, Altersarmut und dann noch Beleidigungen wie von Roman Herzog nicht verdient hätten. Geißler: „Die Alten plündern nicht Geld, das Ihnen nicht gehört, sondern sie haben für ihre Renten Beiträge und Steuern bezahlt.“

Junge und Alte müssten dafür kämpfen, so Geißler, „dass Politik und Wirtschaft wieder ein ethisches Fundament bekommen“. Armut, Alter und Arbeitslosigkeit dürften nicht zu neuen Kategorien von „Menschenrechtsverletzungen“ werden. Zur „Partnerschaft zwischen Jung und Alt“ gebe es keine Alternative. Ohnehin würden „die Alten mit ihrer Macht“ diejenige Partei unterstützen, „die für unsere Jugend die besten Perspektiven bietet“.

Vor dem "Hintergrund eines rapide ansteigenden Wählerpotenzials" komme, so betonte Seniorenchef Wulff, den älteren Menschen ein "erhöhtes Maß an Verantwortung" zu. Der "Generationenvertrag" werde nur Bestand haben, wenn auch der "jüngeren Generation die Einlösung ihrer Verpflichtungen möglich bleibt und ihr nicht durch eine Überschuldungs- und Überforderungspolitik jede eigene Entfaltungsmöglichkeit genommen wird." Weder die ältere noch die jüngere Generation dürfe in die "Armutsfalle" geraten.

Spannungen, die durch provokative Formulierungen wie "Vergreisung", "Rentnerschwemme" oder "Ausplünderung der Jungen durch die Alten" erzeugt würden, könnten ebenso wie "Macht- und Verteilungskämpfe" nur durch einen offenen und vorurteilsfreien "Dialog" abgebaut werden, erklärte Wulff, der auch gewähltes Mitglied des CDU-Bundesvorstands ist. Die Senioren-Union werde ihren ganzen politischen Einfluss dafür einsetzen, um zu gewährleisten: "Es gibt keinen Krieg der Generationen."